

Progressismen in Südamerika

Aufstieg und Erschöpfung

Eduardo Gudynas

Die sogenannten „Progressismen“⁴¹ oder die „neue Linke“ in Lateinamerika haben eine enorme Aufmerksamkeit erregt. Sie haben verschiedene Erfolge erzielt. Daher sind sie eine Inspirationsquelle für mögliche Veränderungsprozesse. Dies gilt für viele, die in Europa und Nordamerika unter konservativen Regierungen leben. Die progressiven Regierungen sehen sich jedoch derzeit mit zunehmenden wirtschaftlichen Restriktionen und einer Akkumulation sozialer Spannungen konfrontiert, was eine neue politische Diskussion ermöglicht.

Ein Panorama der Progressismen

Die Progressismen umfassen eine Gruppe von Regierungen und ihren Unterstützungspfeilern (Parteien oder soziale Bewegungen), welche die konservativen oder neoliberalen Administrationen ablösten. In Südamerika begann dieser Wandel mit der Regierung von Hugo Chávez im Jahr 1999 und erreichte seinen Höhepunkt Ende der 2000er und zu Beginn der 2010er Jahre. Die progressiven Kräfte regierten bis zu sieben der zwölf südamerikanischen Länder mit etwas mehr als 300 Millionen EinwohnerInnen.

Zu dieser Gruppe sind die Regierungen von Néstor Kirchner und Cristina Fernández de Kirchner in Argentinien, Evo Morales in Bolivien, Lula de Silva und Dilma Rousseff in Brasilien, Rafael Correa in Ecuador, Tabaré Vazquez und José „Pepe“ Mujica in Uruguay und von Hugo Chávez und Nicolás Maduro in Venezuela zu zählen. Es ist fraglich, ob die Regierungen von F. Lugo in Paraguay oder R. Lagos und M. Bachelet in Chile auch zu dieser Gruppe gerechnet werden können. Die Regierungen sind mit verschiedenen Kennzeichnungen, wie Sozialisten des XXI. Jahrhunderts oder Bolivaristen, belegt worden, aber der Begriff des „Progresismo“ hat sich verbreitet und wird von ihnen akzeptiert.

In allen Fällen bedeuteten die Progressismen einen Bruch mit den neoliberal inspirierten Regierungsformen. Dieser implizierte beispielsweise eine Stärkung des Staates, eine Marktregulierung und energische Maßnahmen gegen die Armut. Außerdem wurden in Ländern wie Bolivien und Ecuador traditionell ausgeschlossene Gruppen, wie BäuerInnen und Indígenas, zu ProtagonistInnen. In den Anfangsetappen kam es zu starken gesellschaftlichen Mobilisierungen, intensiven politischen Debatten und innovativen theoretischen Reflektionen.

Diese anfänglichen Progressismen wurden von konventionellen AnalystInnen in zwei Tendenzen eingeteilt: eine gemäßigte oder sozialdemokratischen wie in Brasilien und eine andere radikale oder revolutionäre wie in Venezuela. Diese Unterscheidung erweist sich als wenig nützlich, denn es gibt eine beträchtlich breitere Vielfalt an politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strategien. Beispielsweise waren die Anfänge sehr unterschiedlich: In Brasilien und Uruguay erfolgten sie innerhalb der gegebenen Institutionen, während sich Volksaufstände in Argentinien, Ecuador und Venezuela ereigneten und in Bolivien sogar etwas stattfand, das als Revolution bezeichnet werden kann. In Venezue-

la, Bolivien und Ecuador sahen die fortschrittlichen Regierungen Verfassungsreformen als unerlässlich für die Neugründung des Staates an, während solche Prozesse in anderen Ländern nicht erfolgten. Auch in der sozialen Basis, auf welche der Wandel gegründet war, lassen sich Unterschiede erkennen. Dasselbe gilt für das Profil ihrer FührerInnen.

Inhalte und Bedeutungen der Progressismen

Die Progressismen haben die Regierungsmacht über Wahlsiege erreicht und haben sich innerhalb der demokratischen Formen bewegt. In einigen Fällen sahen sie sich mit harten Widerständen (insbesondere in Ecuador und Bolivien) und sogar mit Putschversuchen (in Venezuela) konfrontiert. Mit all diesen Problemen sind sie fertig geworden und sie vermochten sich zu konsolidieren. Sie vermochten wichtige Erfolge zumindest auf drei Gebieten zu erzielen: Wirtschaftswachstum, Verminderung der Armut und Wahlerfolge. Die Progressismen haben eigene Narrative zu diesen Veränderungen entwickelt. Einzelne davon sind heroisch und mythisch ausgeschmückt (zum Beispiel in Argentinien und Venezuela). Diese Erzählungen überzeichnen die positiven Veränderungen und verdecken Probleme, teilen das politische Feld in Verbündete und Feinde auf und legitimieren die eigenen Entscheidungen mit Berufung auf die Volksklassen².

Die Progressismen bemühten sich, bestimmte Innovationen bei ihren Entwicklungsstrategien zu entfalten (wie zum Beispiel den *Novo-Desenvolvimentismo*³ in Brasilien oder *national-populäre Stil* in Argentinien⁴). Diese lassen sich unter dem Begriff des *Neo-Desarrollismo* fassen und haben als gemeinsamen Nenner die Forderung nach einem gewissen Niveau der Intervention in die Märkte, eine aktivere Rolle des Staates (einschließlich nationalisierter Unternehmen) und, in einigen Fällen, den Versuch einer industriellen Wiederbelebung.

Diese Bemühungen zeitigten Teilerfolge. Zwischen den Jahren 2003 und 2013 wuchsen die Länder mit progressiven Regierungen rasch – schneller als die Industrieländer, aber auch als sogenannte aufstrebende Ökonomien. Beispiele hierfür sind die Spitzenwerte bei den Wachstumsraten – 18,3% in Venezuela, 11,8% in Uruguay und 8,2% in Ecuador (alles 2004), 9,2% in Argentinien (2005), 7,6% in Brasilien (2010) und 6,8% in Bolivien (2013) (Zahlen laut der Datenbank der Cepal). Budgetdefizite verschwanden oder wurden gemindert, es wurden Handelsbilanzüberschüsse erreicht und auch das Gewicht der Auslandsschulden sank (in einigen Fällen wurden beispielsweise die Außenstände gegenüber dem IWF beglichen).

Parallel hierzu waren beträchtliche Minderungen der Armut zu verzeichnen. In Bolivien beispielsweise belief sich die Armutsrate zu Beginn der 2000er Jahre 64% und ging bis 2011 auf 36,6% zurück. In ungefähr derselben Zeit fiel die Armut in Ecuador von 61,8% auf 33,6%. Die Progressismen stellen dies als einen ihrer größten Erfolge dar (und haben dafür gute Gründe). Eines der am häufigsten benutzten Instrumente bei der Bekämpfung der Armut waren an Bedingungen geknüpfte Transferzahlungen, wie die *Bolsa Familia* in Brasilien oder die Unterstützungsformen in Bolivien und Ecuador.

Für europäische und nordamerikanische BeobachterInnen könnte der Kontrast zu den eigenen Realitäten nicht größer sein. Während die Krise Länder wie Spanien und Griechenland hart traf, wuchsen die Länder mit progressiven Regierungen weiterhin in einem raschen Takt wuchsen. Während die politischen Diskurse im Norden in konservative Simplizismen zurückfielen, sprach man in Südamerika von Revolutionen, dem Sozialismus, zitierte man Marx und es wurden Arbeitslosigkeit und Armut reduziert.

Eine genauere Untersuchung muss allerdings auf einige Schlüsselaspekte einen schärferen Blick werfen. Die Progressismen haben auf jeden Fall außenorientierte produktive und kommerzielle Praktiken wiederholt, die sehr abhängig vom Rohstoffexport sind, hohe Preise und, in Zeiten der Krise der Industrieökonomien, einen massiven Zufluss von Auslandsinvestitionen ausnutzen. Insofern erwies sich eine traditionelle Perspektive als dauerhaft, in der Entwicklung auf Wirtschaftswachstum gründet. Allerdings war diese mit der Neuerung einer stärkeren Staatsintervention zur Abschöpfung eines Teils des Mehrprodukts verbunden, das für Sozialprogramme, Anstrengungen zur Formalisierung der Arbeitsverhältnisse etc. genutzt wurde.

Die progressiven Strategien sind weder konservativ noch neoliberal, aber sie sind auch keine post-kapitalistische Revolution, als die sie in einigen Ländern dargestellt werden. Ihre Heterodoxie wird ehrlich in den Worten des ecuadorianischen Präsidenten Rafael Correa widerspiegelt: „Das Akkumulationsmodell haben wir nicht substanziell verändern können. Im Grunde machen wir eher die Dinge innerhalb desselben Akkumulationsmodell besser als es zu verändern, weil unser Wunsch nicht ist, die Reichen zu schädigen, sondern unsere Intention ist, eine gerechtere Gesellschaft zu haben“ (Interview mit El Telégrafo, Quito, 15. Jänner 2012).

Diese progressiven Erfolge waren unter den besonderen Umständen einer hohen Nachfrage Chinas und anderer asiatischer Länder und der wirtschaftlich-finanziellen Krise der Industrieländer, welche die Kapitalflüsse in Richtung auf den Süden und Rohstoffe umleitete, möglich. Die Progressismen reagierten, indem sie extraktivistische Wege einschlugen. Extraktivismus bedeutet eine Strategie, die auf der massiven Extraktion von Rohstoffen gründet (mineralischen Rohstoffen, Öl und Gas, Nahrungsmittel), die exportiert werden. Mehrere Länder bewegten sich in Richtung auf die „holländische Krankheit“ mit einer starken Aufwertung der nationalen Währung, hohen Industriegüterexporten und einer Zerstörung der nationalen Industrie. Es blieb zwar beim Narrativ eines Rohstoffnationalismus, gleichzeitig gingen Staatsunternehmen aber, beispielsweise, immer mehr Verträge mit transnationalen Konzernen ein.

Diese extraktivistische Stoßrichtung hatte große soziale und ökologische Folgen. Die Zahl der Konflikte mit lokalen Gemeinschaften stieg in schwindelerregender Geschwindigkeit an. Es ergaben sich befremdliche Situationen. Beispielsweise begann die „Indígena“-Regierung von Evo Morales in Bolivien Indígena-Organisationen zu verfolgen, die ihre Territorien gegen Ölgesellschaften verteidigten.

Es entstand ein „kompensierender Staat“, bei dem die Progressismen einerseits Bedingungen des transnationalen Kapitals (vor allem in Hinblick auf die Extraktivismen) akzeptieren, andererseits dieses kontrolliert (und dabei einen Teil des Mehrproduktes, vor allem im Öl- und Gassektor, abschöpft). Es werden Aktivitäten akzeptiert, die eine sehr starke soziale oder ökologische Wirkung haben oder welche die Kapazität für eine eigene Industrialisierung verschlechtern. Gleichzeitig wird aber die Bevölkerung über indirekte (wie den Massenkonsum) oder direkte Wege (wie die an Bedingungen geknüpften Transfers) kompensiert. Die Gerechtigkeitsdebatte wurde unter den Progressismen immer mehr zu einem Kampf um die wirtschaftlichen Kompensationen.

Auf politischer Ebene tendierten die Progressismen zunehmend in Richtung auf eine demokratische Delegation, die stark von den präsidentiellen Führungen abhängt.⁵ Andere demokratische Instrumente (wie Referenden) wurden geschwächt. Die legislativen Instanzen blieben von sekundärer Bedeutung und auch das Justizsystem litt weiter unter seinen Mängeln. In einigen Fällen nahm der Hyperpräsidentialismus eine charismatische

und messianische Richtung an. In jüngster Zeit waren auch eine Verschlechterung bei der Respektierung und Sicherung der Menschenrechte zu verzeichnen.

Die große Divergenz

Durch diese Entwicklung haben sich über mehr als ein Jahrzehnt Unterschiede zwischen den Progressismen und den Linkskräften, aus denen sie in den 1990er Jahren entstanden sind, herausgebildet. Ein Schlüsselpunkt zum Verständnis der südamerikanischen Situation ist: Progressismus und Linke sind kein Synonym. Es ist eine große Divergenz entstanden, und die Progressismen sind politische Regime mit eigener Identität und sie unterscheiden sich in verschiedenen Punkten von den Linkskräften.

Die Linke, aus welcher der Progressismus hervorgegangen ist, speiste sich aus verschiedenen Tendenzen, Lehren aus deren Fehlern und Fähigkeiten sich zu erneuern. Sie war sicher kein Paradies ohne Konflikte, aber es gelang ihr, die Forderungen breiter Bewegung, in dem was man eine „offene Linke“ (in einer Paraphrase des „offenen Marxismus“ von Ernest Mandel) nennen könnte, zu artikulieren.

Dies ermöglichte beispielsweise, dass diese Linken Ende des 20. Jahrhunderts mit Tiefgang den Sinn der Entwicklung debattierten, anti-kapitalistische Positionen vertraten und sicher nicht zur Fortsetzung der lateinamerikanischen Geschichte des Rohstoffexportes bereit waren. Die Progressismen hingegen begannen hingegen die konzeptionellen Grundlagen der Entwicklung und Schlüsselemente wie das Wirtschaftswachstum zu akzeptieren. Wie bereits dargestellt, organisierten sie dies anders, aber alle basierten ihre Ökonomien auf dem Rohstoffexport. In ihren Diskursen kritisieren sie den Kapitalismus, aber ihre wirtschaftlichen Praktiken sind kapitalistisch. Sie mögen die Globalisierung und den Imperialismus kritisieren, aber sie brauchen die globalen Märkte und akzeptieren ihre kommerziellen Regeln.

Die Linken verstanden, dass soziale Gerechtigkeit viel mehr als der Assistenzialismus ist. Sie umfasst ein breites thematisches Spektrum von der Bildung bis zur Ernährung, vom Wohnen bis zu den Arbeitsrechten usw. Der Progressismus hingegen begreift die soziale Gerechtigkeit vornehmlich als Zugang zum materiellen Konsum und als wirtschaftliche Umverteilung. An verschiedenen Orten ist er in einen staatlichen Assistenzialismus mit einer caritativen Ausrichtung verfallen.

In analoger Weise hatten die südamerikanischen Linken die Verteidigung der Menschenrechte, vor allem in jenen Ländern, in denen sie mit Militärdiktaturen konfrontiert gewesen waren, aufgegriffen. Einige schritten weiter voran und führten Innovationen wie die Rechte der Natur oder das Buen Vivir (Gute Leben) ein (Bolivien und Ecuador). Doch gaben die Progressismen nach und nach diese Priorität auf, schoben einige Rechte bei Seite, erfüllten andere nicht. Einige Regierungen drohten sogar sich aus dem lateinamerikanischen Menschenrechtssystem zurückzuziehen. Es kam zur Rückkehr polizeilicher bzw. militärischer Repression von BürgerInnenprotesten (Bolivien, Ecuador und Venezuela), und es werden verschiedene Formen der Gewalt bzw. des Ausspionierens toleriert (Argentinien und Brasilien).

Eine weitere nennenswerte Divergenz erfolgte auf dem Gebiet der Korruption. Die Linken Ende des 20. Jahrhunderts gehörten zu den konsequentesten KämpferInnen gegen die Korruption. Aber der Progressismus begann, diesen Kampf aufzugeben. Der Skandal um Petrobras und anderen Unternehmen in Zusammenhang mit der Politik ist dafür ein starkes und trauriges Beispiel.

Die Linken machten die Demokratie zu ihrer Sache, aber gingen gleichzeitig über die einfache Frage der nationalen Wahlen hinaus. Sie trieben Experimente der „Radikalisierung der Demokratie“ voran. Die Progressismen hingegen sind in Hyperpräsidentialismen zurückgefallen. Sie haben auch nicht gezögert plebiszitäre Mechanismen zu behindern oder zu beschneiden, wie beispielsweise in Ecuador und Uruguay (in beiden Fällen, um extraktivistische Projekte durchzusetzen).

Aus dem einen oder anderen Grund haben sich die Progressismen von gesellschaftlichen Schlüsselakteuren wie Indígenas, BäuerInnen, Umwelt- oder feministischen Gruppen entfernt, die doch einmal zu ihren grundlegenden Stützen gehörten. Die Progressismen wurden immer mehr von „besoldeten“ AktivistInnen (wie StaatsfunktionärInnen) abhängig und nahmen eine feindselige Haltung gegenüber politischen Initiativen ein.

Erschöpfung

Jetzt sind die Entwicklungen an den Punkt gekommen, an dem die Progressismen „erschöpft“ zu sein scheinen. Sie stehen nicht vor dem Ende. Einige sind weiterhin an der Regierung. Und selbst wo jüngst Wahlen verloren haben (wie in Argentinien und Venezuela), haben sie weiter erheblichen Rückhalt in der Bevölkerung. Aber sie sind zumindest in zweierlei Hinsicht erschöpft.

Einerseits bringen sie keine politischen Innovationen mehr hervor und mangelt es ihnen angesichts des Endes Rohstoffpreisbooms an Alternativstrategien zu den Extraktivismen, die auf den Rohstoffexport gegründet sind. Einige Regierungen, wie jene von Dilma Rousseff in Brasilien, haben den Weg einer konservativen Austeritätspolitik eingeschlagen. Und das Beharren auf den Extraktivismen provoziert immer mehr Konflikte mit bestimmten Sektoren der Bevölkerung – und dann kommt es zum Ruf nach Repression.

Andererseits scheint die verbleibende, wenige Energie fast vollständig für den Erhalt der Positionen im Staat gerichtet zu werden. Viel Zeit und Geld fließt in beispielsweise in die Wiederwahl von PräsidentInnen, PR-Kampagnen oder auch in die Gewinnung der Unterstützung bei der politischen Rechten. Der Kampf wird vor allem als Wahlkampf ausgefochten, aber schon nicht mehr als eine Debatte über Ideen und Praxen.

Provisorische Bilanz

Einerseits könnte man sagen, dass die Progressismen triumphierten. Sie zeigten, dass es Alternativen zu den konservativen Regimen gibt, sie haben die Macht demokratisch erobert, reduzierten die Armut und gaben vielen die politische Würde zurück. Andererseits scheiterten sie. Denn um ihre Positionen zu halten, verloren sie eigenes linkes Wesen. Mit der Zeit kam es zu einer Metamorphose, in der sich die Progressismen als ein politisches Regime mit einer anderen Identität, die nicht konservativ ist, aber auch nicht mehr den Linken entspricht, aus denen sie hervorgegangen sind, transformiert.

Die epischen Narrative und die Personalisierungen können wichtig sein, aber sie sind nicht ausreichend, um einen Veränderungsprozess nach links zu tragen. Der südamerikanische Prozess zeigt, dass es ein Irrtum ist, Wahlgewinne als Herzstück jedweder Strategie zu sehen und der Debatte über die Frage, was die Linke ist, keine Bedeutung mehr zuzumessen. Er zeigt auch, dass jedwede linke Option Alternativen zur Entwicklung in Angriff nehmen. Der Versuch eines linken Wandels endet in der Metamorphose der Linken in einen Progressismus.

Jenseits dieser Kontraste müssen wir sehen, dass wir doch ZeugInnen einer enormen politischen Vitalität in Südamerika sind. Die Intensität und Breite dieser Veränderungen zeigt einen Kontinent in Bewegung und hält wertvolle Lehren für neue Alternativen bereit.

(Übersetzung aus dem Spanischen: Joachim Becker)

Anmerkungen

- 1 In Lateinamerika ist von Progresismo, im Plural Progresismos, die Rede. Das passende Adjektiv ist progresista, also fortschrittlich. Auf die Fortschrittlichkeit verweist also der Begriff Progresismo (Anm. d. Ü.).
- 2 Im Spanischen heißt es „clases populares“. Für diesen Begriff gibt es keine wirklich gut passende deutsche Übersetzung (Anm. d. Ü.).
- 3 Der brasilianische Novo-Desenvolvimentismo ist eine Aktualisierung der Entwicklungsstrategien des Desenvolvimentismo oder Desarrollismo der 1950er bis 1970er Jahre. Er teilt mit seinem Vorgänger eine Akzentsetzung auf der aktiven industriellen Entwicklung. Während die Entwicklungsstrategie der Nachkriegsjahrzehnte vor allem eine Importsubstitutionsindustrialisierung mit starkem Außenschutz gekennzeichnet war, setzt der Novo-Desenvolvimentismo stärker auf industrielle Exportproduktion und setzt keine besonderen Akzente bei der Protektionspolitik. Konzeptionell heben hingegen die VertreterInnen des Desenvolvimentismo die Notwendigkeit einer strikten Kontrolle des Kapitalverkehrs hervor. Dieser Aspekt ist in der brasilianischen Praxis sehr schwach ausgeprägt (Anm. d. Ü.).
- 4 Dies bezieht sich vor allem auf die Verbindung von Importsubstitutionspolitik mit expansiver Lohnpolitik und Ausbau der Sozialpolitik des frühen Peronismus. Gewisse Parallelen lassen sich zum kirchneristischen Projekt erkennen (Anm. d. Ü.).
- 5 Hier bezieht sich der Autor auf das Konzept der „democracia delegativa“ des argentinischen Sozialwissenschaftlers Guillermo O'Donnell, das in Lateinamerika stark rezipiert und diskutiert wird. Es stellt auf die starke „Delegierung“ von Kompetenzen auf exekutive Instanzen, speziell Präsidenten ab (Anm. d. Ü.).